

## **Kundgebung zur Fahrraddemo „Verkehrswende statt Abwrackprämie“ Karlsruhe, 23.05.20** (Beitrag des ‚Klimabündnis Karlsruhe‘)

Hallo, ich grüße Euch vom Klimabündnis Karlsruhe. Klimabündnis - Wer ist das überhaupt? Wir repräsentieren 58 Organisationen in und um Karlsruhe, die sich im Herbst 2019 zusammengeschlossen haben. Dazu gehören Fridays for Future und andere for-future-Gruppen, Umwelt- und Eine-Welt-Initiativen, christliche Organisationen, eine Hochschule, eine Unternehmens-Initiative und Privatleute.

Das Klimabündnis hat das Ziel, die FFF-Bewegung zu unterstützen und gemeinsam als starke Kraft für die Klimawende in dieser Stadt und in dieser Region zu wirken.

Und deshalb sind wir heute hier und fordern mit Euch gemeinsam:

Wenn jetzt Wirtschaftshilfen, Rettungsschirme und Konjunkturprogramme beschlossen werden, um die Wirtschaft nach dem shutdown wieder in Gang zu bringen, dann müssen die vor allem eins sein: **grün**  
Dann müssen diese staatlichen Hilfen auch auf den Klimaschutz einzahlen.

Es darf kein zurückgeben zum „business as usual“. Nicht in steigende CO<sub>2</sub>-Emissionen müssen wir investieren, sondern in sinkende!

Ja, es ist richtig: die Wirtschaft muss angekurbelt werden. Aber – um es mit Rainer Griebhammer zu sagen: Dafür müssen **nicht** die fossilen Schornsteine rauchen, sondern unsere Köpfe! Wir brauchen keine Uralt-Konzepte, sondern wir brauchen Investitionen, die dauerhaft Arbeitsplätze schaffen und die unsere Gesundheit und das Klima schützen!

Wir können es uns nicht leisten, mit Hunderten Milliarden Euro gerade die fossilen Branchen noch einmal hochzupäppeln. Sie haben in der Vergangenheit schon viel zu viele Subventionen erhalten. Wir dürfen keine Steuergelder für SUV, Dieselaautos, Kreuzfahrtschiffe und Ferienflieger verschwenden! Und deshalb sind wir natürlich gegen eine neue Abwrackprämie! Eine Kaufprämie für Autos mit Verbrennungsmotor wäre nicht nur eine gigantische Verschwendung von Steuergeldern, sondern auch eine ökologische Bankrotterklärung unserer Regierung.

Die Automobilindustrie schreit laut nach staatlicher Hilfe und begründet das mit dem Zauberwort **Käufer-Vertrauen**. Käufer-Vertrauen ist ganz wichtig: 1. Der Staat gibt mir Geld, damit ich mir einen neuen SUV kaufen kann. 2. Wenn sich ganz viele Leute einen SUV oder einen günstigen Diesel kaufen, dann geht es der Automobilindustrie gut. 3. Wenn es der Autoindustrie gut geht, dann geht es der gesamten Wirtschaft gut. Also behalte ich dann auch meinen Job. Also habe ich jetzt genug Käufer-Vertrauen, dass ich für den neuen SUV einen Kredit aufnehme. So soll die Psychologie im Autoländle funktionieren, wenn es nach der Automobil-Lobby geht.

Aber: Geht es uns wirklich gut, wenn die Automobilindustrie mit der fossilen Technologie des vergangenen Jahrhunderts weiterhin Milliarden scheffeln darf? Tut es dem Klima gut? Wir sagen NEIN! Steuerfinanzierte Blankoschecks für die Autoindustrie sind eine gigantische Klima-Sünde, und Klimasünden sind für Regierungen ab sofort verboten!

Die Autoindustrie ist leider nicht die einzige, die vom Staat Geld verlangt, damit sie einfach so weitermachen kann, wie bisher. Der Briefkasten von Peter Altmaier quillt über von Briefen der Wirtschaftsvertreter, die fordern, man müsse jetzt die Klima-Vorgaben aussetzen. Die Klimaziele müssten zeitlich gestreckt werden. Jetzt gehe es erstmal darum, dass die Wirtschaft um jeden Preis wieder in Schwung kommt. An Klimaschutz sollen wir dann erst später wieder denken.

Vielleicht ja so, wie in der Finanzkrise 2008: Im Krisenjahr sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 1,4% zurückgegangen. Dafür schossen sie im nächsten Jahr um 5% nach oben!

Wie lange brauchen diese fossilen Industriellen eigentlich, bis sie merken: **Wir haben schlicht keine Zeit mehr**, die CO<sub>2</sub>-Einsparung in die Zukunft zu verschieben!

Jetzt ist das dran! Jetzt geht es darum, die Milliarden in nachhaltiges Wirtschaften zu investieren. Denn die Corona-Krise geht, aber die Klimakrise bleibt. Und wisst ihr, Leute, was ich interessant finde? Es ist doch interessant, dass die Forderungen nach **grünen Konjunkturlösungen** nicht nur von Fridays for Future und aus der Klimaschutzbewegung kommen, sondern dass es täglich mehr stimmen auch aus der Wirtschaft gibt, die genau das fordern:

Da gibt es z.B. einen Zusammenschluss von 155 großen Unternehmen aus 34 Branchen und 33 Ländern, die gemeinsam fünf Millionen Arbeitskräfte beschäftigen; am letzten Dienstag veröffentlicht diese Gruppe einen Aufruf, indem sie **grünen Wiederaufbau nach der Corona Krise** fordert. Die Firmen schreiben: Angesichts der miteinander verflochtenen Krisen können wir es uns nicht leisten, nur die eine oder nur die andere anzugehen. Bis gestern hatten sich schon 892 Unternehmen diesem Aufruf angeschlossen.

Und es gibt ein Bündnis aus mehr als 400 Großinvestoren, die zusammen 35 Billionen US-Dollar verwalten: „The Investor Agenda“ nennt sich dieses Bündnis. Es schrieb Anfang Mai an die Regierungschefs der G20 Staaten und forderte „Nachhaltigkeit und ambitionierten Klimaschutz beim Neustart der Wirtschaft“.

Ebenfalls Anfang des Monats erhielt Wirtschaftsminister Peter Altmaier einen Brief, in dem er aufgefordert wurde, das „angekündigte Konjunkturprogramm auf den Klimaschutz auszurichten.“ Wer hat den Brief geschrieben? Waren das realitätsferne grüne Spinner? Nicht ganz: es waren 39 Wissenschaftler\*innen aus dem wissenschaftlichen Beirat des - ja genau: des Bundeswirtschaftsministeriums. Wir können nur sagen: Listen to the science! Hören Sie auf die Wissenschaft, Herr Altmaier!

Diese Liste könnte ich noch eine ganze Weile weiterführen. Aber so viel Zeit habe ich nicht. Was sagt uns das? Ich will damit nicht sagen, dass alle diese Unternehmen, die da jetzt auf Klimaschutz drängen, die besten Vertreter unserer Interessen wären. Vattenfall gehört dazu, Unilever, große Pharmaunternehmen wie Sanofi und Novartis, bekannte Sünder wie Nestlé und Suez. Deren Vorstellungen, wie der beste Klimaschutz aussieht, sind vermutlich nicht mit unseren vereinbar. Trotzdem wird hier sichtbar, dass es endlich zu den Chefetagen der großen Konzerne durchgedrungen ist, dass sie in wenigen Jahrzehnten im Chaos einer weltweiten Klimakatastrophe keine Gewinne mehr machen können. Dass auch die Wirtschaft – wie wir alle - nur eine Zukunft hat, wenn es uns nicht gelingt, die Erderwärmung auf unter 1,5° zu begrenzen.

Lasst uns das nutzen! Mir ist es egal, warum jemand zur Einsicht kommt. Entscheidend ist, dass die riesigen finanziellen Anstrengungen, die jetzt vor uns liegen, in die richtige Richtung gelenkt werden, nämlich in Richtung auf Klimaschutz und Artenschutz. Subventionen für Industrien, die nicht bereit sind, die CO2-Emissionen radikal zu senken, gehen garantiert nicht in die richtige Richtung.

Wir protestieren deshalb auch gegen den Plan, der Lufthansa neun Milliarden Euro zuzuschustern, ohne im Gegenzug auch nur eine einzige Zusage für die Reduktion der CO2-Emissionen dieses Unternehmens einzufordern.

Es mag richtig sein, den Fortbestand der Lufthansa zu garantieren. Es ist aber nicht richtig, weiterhin Kurzstreckenflüge unter 1000 km zu Dumpingpreisen zu verkaufen. Wir müssen Kurzstreckenflüge europaweit abschaffen. Und die Bundesregierung muss endlich konkrete Schritte unternehmen, die Subventionierung des Flugbenzins zu stoppen.

Klimagerechtigkeit bedeutet auch, dass die Kosten für eine echte Kompensation der CO2-Emissionen bei den Flugtickets eingepreist werden müssen. Und eine Lufthansa, die mit Steuergeldern gerettet werden will, muss auch in die Entwicklung von klimaneutralen Kraftstoffen investieren.

Und jetzt Karlsruhe: Was auf der Bundesebene gilt, muss auch hier in Karlsruhe gelten: Die Beteiligung der Stadt Karlsruhe am Baden Airpark muss auf den Prüfstand, wir müssen über eine alternative Nutzung des Geländes sprechen!

Und wenn hier in Karlsruhe demnächst die Budgetverhandlungen für den Haushalt 2021 beginnen, dann muss auch für Karlsruhe gelten, was für Deutschland, Europa und die Welt gilt: Leere Kassen wegen der Corona-Pandemie sind kein Argument, um die Energiewende zu verlangsamen! Im Gegenteil: Sie sind ein Argument dafür, jetzt eine starke Solar- und Windkraft-Konjunktur zu fördern. Damit bewegen wir die Wirtschaft hin zur Nachhaltigkeit und behalten eine Chance, die Erderwärmung auf unter 1,5° zu begrenzen. Hier fordern wir von allen Politikern, auch in Karlsruhe: Mut, Entschlossenheit und klare Signale! Das Klimabündnis wird diese Entwicklungen aktiv begleiten und: das Klimabündnis - das sind wir alle!